

Deutsche Übersetzung des Briefes von Senator Grassley

an den damaligen Justizminister der USA Jeff Sessions

Englisches Original:

<https://scribd.com/document/371510317/2017-10-18-Ceg-to-Doj-Uranium-Nda>

VON: US Senat - Rechtsausschuss

18. Oktober 2017

PER ELEKTRONISCHER ÜBERTRAGUNG

An den ehrenwerten Jeff Sessions
Justizminister
der Vereinigten Staaten von Amerika, Washington, DC 20220

Sehr geehrter Generalstaatsanwaltschaft Sessions,

Am 12. Oktober 2017 schrieb ich an mehrere Behörden, darunter das Justizministerium, über die Uranium-One / Rosatom-Transaktion, die vom Ausschuss für Auslandsinvestitionen in den Vereinigten Staaten (CFIUS) während der Obama-Regierung genehmigt wurde. In diesem Schreiben hatte ich festgestellt, dass die Abteilung während des CFIUS-Genehmigungsverfahrens strafrechtliche Ermittlungen gegen Rosatom-Beamte eingeleitet hat, und unter anderem gefragt hat, ob CFIUS über diese kriminelle Angelegenheit informiert wurde.

Am 18. Oktober 2017 berichtete The Hill, dass „[ein] amerikanischer Geschäftsmann ... jahrelang verdeckt als vertraulicher Zeuge des FBI gearbeitet hat“, um bei der strafrechtlichen Untersuchung der Abteilung zu helfen. Laut dem Bericht wurde der vertrauliche Zeuge vom FBI aufgefordert, eine Geheimhaltungsvereinbarung (NDA) zu unterzeichnen, die ihn daran hindert, sein Wissen dem Kongress preiszugeben. Weiter sagte der Anwalt dieses Zeugen, dass „das das Justizministerium unter Obama ihm Verlust der Freiheit androhte. Sie sagten, sie würden ein Strafverfahren gegen ihn wegen Verletzung einer NDA einleiten.“

Diese Einschränkungen scheinen zu verhindern, dass die betreffende Person dem Kongress kritische Enthüllungen über ein mögliches Fehlverhalten vorlegt. Sie sollen auch den Zugang des Ausschusses zu Informationen einschränken, die er zur Erfüllung seiner verfassungsrechtlichen Verantwortung für die Aufsicht benötigt. Dieser Ausschuss hat die Aufsicht über die Zuständigkeit des Justizministeriums, und wenn diese NDA tatsächlich existiert, behindert dies die Fähigkeit des Ausschusses, seine Aufgabe zu erfüllen. Bitte legen Sie daher eine Kopie der NDA bis zum 1. November 2017 vor. Sollte die NDA noch existieren, bitte ich Sie, ihn davon zu befreien und zu versprechen, keine Vergeltungsmaßnahmen gegen ihn wegen der guten Kommunikation mit dem Kongress zu ergreifen.

Sollten Sie weitere Fragen haben, wenden Sie sich bitte an die Mitarbeiter des Ausschusses Josh Flynn-Brown oder DeLisa Lay unter (202) 224-5225.

Mit freundlichen Grüßen,

Charles E. Grassley
Vorsitzender
Ausschuss für Rechtsangelegenheiten